◉ *Schwerpunkt »Wandel & Widerstand«*

Das Ende der *Gemeinsamen* Agrarpolitik?

Wie die EU-Kommission vorhat, die europäische Agrarpolitik (GAP) zu beerdigen

von Martin Häusling

Im Juli 2025 hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 vorgelegt. Darin enthalten sind auch die Mittel für die zukünftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Diese Mittel sollen künftig nicht mehr als eigenständiger Agrarhaushalt zur Verfügung stehen, sondern in einem Sammelfonds aufgehen. Für den Europa-Abgeordneten Martin Häusling verliert die Agrarpolitik mit diesem Ansatz ihre Eigenständigkeit. Die großen Linien der Agrarpolitik wie beispielsweise Mindeststandards, Umweltkonditionalität oder die Förderung ländlicher Räume wurden bisher in Brüssel zwischen Kommission, Rat und Parlament ausgehandelt. Jetzt soll Brüssel nur noch strategische Ziele vorgeben, und jeder Mitgliedstaat erstellt seinen eigenen nationalen Plan. Eine unkoordinierte Vielfalt nationaler Interessen wird entstehen. Für die Landwirt:innen bedeutet das weniger Fairness auf einem gemeinsamen Markt und weniger Planungssicherheit. Aber auch Umwelt und Demokratie werden Schaden nehmen.

Mit ihrem Vorschlag für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ab 2028 hat die EU-Kommission im Juli 2025 ein Dokument vorgelegt, das in seiner Tragweite kaum überschätzt werden kann.[1] Unter der Maxime von Vereinfachung und Effizienz droht sie, die Grundpfeiler der europäischen Agrarpolitik – gemeinsame Regeln, demokratische parlamentarische Kontrolle und verbindliche Umweltstandards – aufzulösen. Was als technokratische Reform daherkommt, ist in Wahrheit die Demontage der bisherigen gemeinsamen Agrarpolitik der EU: weg von gemeinsamer Verantwortung, hin zu einem Flickenteppich nationaler Interessen.

Ein EU-Haushalt auf Diät – ausgerechnet bei der Agrarpolitik

Zunächst die Zahlen: Der neue Mehrjährige Finanzrahmen (2028-2034) soll knapp zwei Billionen Euro umfassen – 1,2 Prozent des europäischen Bruttonationaleinkommens. Angesichts der Inflation, der Rückzahlungen der Corona-Kredite und wachsender geopolitischer Herausforderungen ist das kein »Monsterhaushalt«, wie immer wieder behauptet wird, sondern eine notwendige Anpassung. Gerade in Zeiten von Klimawandel, Wirtschaftskrise und Konflikten braucht es einen starken EU-Haushalt, der Europa Handlungsmacht gewährt. Leider nimmt die Bereitschaft der Mitgliedstaaten, der EU hierfür finanziellen Handlungsspielraum zu gewähren, deutlich ab. Doch während die Kommission an anderer Stelle aufstockt, sollen im Bereich Agrarpolitik besonders die Mittel für Umwelt und ländliche Räume bluten. Das erscheint extrem kurzsichtig im Hinblick auf die ökologischen Herausforderungen, die nach wie vor große Ungleichheit in Europas ländlichen Regionen – und die Beitrittsgespräche mit der Ukraine.

300 Milliarden Euro will die Kommission für die GAP bereitstellen – fast 90 Milliarden weniger als im aktuellen Zeitraum. Fatal daran: Die Mittel sollen künftig nicht mehr als eigenständiger Agrarhaushalt zur Verfügung stehen, sondern in einem Sammelfonds mit dem Namen »Nationaler und Regionaler Partnerschaftsfonds (NRPF)« aufgehen. Dort werden künftig Strukturpolitik, Fischerei, Klima, Wohlstand, Sicherheit und Landwirtschaft in einen Topf geworfen. Was technokratisch klingt, ist politisch brisant: Es bedeutet, dass die GAP ihre Eigenständigkeit verliert.

Außerdem ist mitnichten sicher, dass das vorgeschlagene Budget in Höhe von zwei Billionen Euro auch so Realität wird. Die Haushaltslage in vielen EU-Mitgliedstaaten lässt das Gegenteil vermuten – nämlich weniger Transfers nach Brüssel und ein ent-

sprechend geringeres (Agrar-)Budget. Auch für neue Eigenmittel ist die Wahrscheinlichkeit nicht sehr hoch. Deswegen wird voraussichtlich sogar noch weniger Geld zur Verfügung stehen.

Renationalisierung statt Gemeinsamer Agrarpolitik

Bisher galt: Die großen Linien der Agrarpolitik – Mindeststandards, Umweltkonditionalität, Förderung ländlicher Räume – wurden in Brüssel zwischen Kommission, Rat und Parlament ausgehandelt. Die Mitgliedstaaten hatten bei der Umsetzung Spielraum, aber einen gemeinsamen Rahmen. Das neue Modell kehrt dieses Prinzip um: Jeder Mitgliedstaat soll künftig seinen eigenen nationalen Plan vorlegen, über den er weitgehend selbst entscheidet. Brüssel gibt nur noch strategische Ziele vor – vage genug, um alles und nichts zu bedeuten. Die Kommission prüft – und das Parlament? Bleibt außen vor.

Damit wandert die Entscheidungsmacht von der europäischen Ebene in die Hauptstädte. Das Ergebnis wäre ein agrarpolitischer Flickenteppich – mit unterschiedlichen Umweltstandards, unterschiedlichen Beihilferegeln und unterschiedlicher Marktwirkung. Für Landwirt:innen bedeutet das: weniger Fairness auf einem gemeinsamen Markt und weniger Planungssicherheit. Für die Umwelt: weniger Schutz. Für die Demokratie: weniger Kontrolle. *Kurz gesagt:* Der Vorschlag der Kommission bedeutet das Ende der *Gemeinsamen* Agrarpolitik (Tab 1.).

Planungssicherheit? Fehlanzeige

Landwirte in Europa fordern seit Jahren vor allem eines: Planungssicherheit. Sie investieren in neue Stallkonzepte, in die Umstellung auf Ökologische Landwirtschaft, in digitale Innovationen – alles langfristige Projekte. Dafür brauchen sie Verlässlichkeit.

In Brüssel wurde seit 1992 alle sieben Jahre eine neue Agrarpolitik ausgehandelt, auch das war manchmal widersprüchlich, aber immerhin fasste seitdem mehr und mehr die Vision Fuß, die Landwirtschaft ökologischer zu machen und die ländlichen Räume dabei zu unterstützen – und es gab sieben Jahre weitgehend gemeinsame Spielregeln. Doch wenn künftig jeder Regierungswechsel nationale Agrarfonds nach Belieben umschichten kann, ist Planungssicherheit nur noch eine Illusion. Beispiele für solche Verunsicherung ließen sich am Hin und Her der deutschen Bundesregierung zur Abschaffung des Bundesprogramms zum Umbau der Tierhaltung beobachten. Ein Betrieb, der heute in umweltschonende Bewirtschaftung oder Tierwohl investiert, könnte morgen auf dem Trockenen sitzen, weil sich das jeweilige Mitgliedsland für andere Prioritäten entscheidet. Wer so Politik macht, verhindert Zukunftsinvestitionen.

Demokratiedefizit mit Ansage

Besonders fatal ist das demokratische Loch im neuen System. Die Kommission würde künftig nicht nur die strategischen Leitlinien setzen, sondern auch die nationalen Pläne prüfen und genehmigen – ohne Einbindung des Europäischen Parlaments, der einzigen direkt gewählten EU-Institution.

Dabei war es ein historischer Fortschritt, dass das Parlament seit dem Vertrag von Lissabon 2009 endlich Mitentscheidungsrechte in der Agrarpolitik bekam. Jahrzehntelang wurde die GAP allein zwischen Kommission und Rat ausgehandelt. Der Lissabon-Vertrag hat diese Demokratielücke geschlossen und dem Parlament, und damit der europäischen Öffentlichkeit, eine Stimme gegeben. Diese hart erkämpfte Mitbestimmung nun wieder auszuhebeln, wäre ein Rückschritt. Es geht nicht nur um formale Beteiligung, sondern um parlamentarische Kontrolle über Milliarden an Steuergeldern, über ökologische Standards und soziale Gerechtigkeit in der Agrarpolitik.

Und ja, im Agrarausschuss (AGRI) sowie im EU-Parlament herrscht aktuell keine progressive Mehrheit für eine zukunftsfähige Agrarpolitik – das ist kein Geheimnis. Doch gerade dort findet die politische Auseinandersetzung statt: Man kann Änderungsanträge einbringen, Kompromisse verhandeln, Transparenz einfordern und dafür sorgen, dass die Stimmen der diversen landwirtschaftlichen Verbände, der Um-

Tab. 1: Vergleich der GAP-Finanzierung 2021-2027 vs. Vorschlag 2028-2034[2]

	MFR 2021–2027 (laufend) (in Euro)	Vorschlag MFR 2028–2034 (in Euro)
Gesamtvolumen der GAP	ca. € 387 Mrd. (31 % des EU-Haushalts)	ca. € 300 Mrd. (nur Einkommensstützung, Rest integriert)
Säulenstruktur	Zwei Fonds/Säulen: EGFL (Direktzahlungen) und ELER (ländliche Entwicklung)	Keine Trennung: Agrarausgaben im neuen Partnerschaftsfonds gebündelt; nur Direktzahlungen separat ausgewiesen
Direktzahlungen (Säule I)	ca. € 291 Mrd. über EGFL (Basisprämien, Eco-Schemes etc.)	€ 300 Mrd. für Einkommensstützung zweckgebunden (ca. –22 % ggü. aktuell); inkl. Umweltleistungen, Junglandwirte, Risikovorsorge
Ländliche Entwicklung (Säule II)	ca. € 95 Mrd. über ELER (Ko-Finanzierung durch Mitgliedstaaten)	Keine feste Zuteilung: Mittel für ländliche Maßnahmen konkurrieren im gemeinsamen Fonds mit Kohäsions- und Fischereimitteln

weltorganisationen und der ländlichen Räume gehört werden – in öffentlichen, für alle Europäer:innen live verfolgbaren Sitzungen. Das Parlament ist der Ort, an dem die unterschiedlichen Interessen Europas aufeinandertreffen – und genau deshalb ist seine demokratische Funktion unverzichtbar. Ein System, das das Parlament aus dieser Mitverantwortung ausschließt, beraubt Europa seines Korrektivs. Deswegen haben fraktionsübergreifend Konservative, Sozialdemokraten, Liberale und Grüne im Oktober 2025 einen gemeinsamen Brief an Kommissionspräsidentin von der Leyen gerichtet und gemeinsam die Wichtigkeit parlamentarischer Kontrolle im neuen EU-Haushalt und insbesondere bei der Vergabe der GAP-Mittel angemahnt. Die EU-Kommission hat daraufhin Gesprächsbereitschaft signalisiert. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht ausreichend.

Schon jetzt tut sich die Kommission schwer, die bestehenden nationalen GAP-Pläne zu überwachen. Der deutsche Plan etwa umfasst über 1.000 Seiten – und das bei nur zwei Förderfonds. Wenn künftig alle Mitgliedstaaten übergreifende Pläne für verschiedene Förderprogramme unterschiedlicher Politikfelder einreichen, ist klar: Die Kommission kann diese schiere Masse nicht angemessen kontrollieren, Nachbesserungen einfordern und erneut prüfen.

Die finale Entscheidung zur Absegnung der Pläne träfe außerdem nach dem Vorschlag der Kommission der Rat, nicht mehr die Kommission selbst. Das grenzt an Selbstaufgabe einer EU-Institution, die in der letzten Legislatur mit dem Green Deal und der Farm-to-Fork-Strategie eine echte gemeinsame Zukunftsvision – auch und gerade für die gemeinsame Agrar- und Lebensmittelpolitik – vorgelegt hat. Das alles ist nicht »Vereinfachung«, sondern Deregulierung und Entzug demokratischer Mitbestimmung des Parlaments. Es ist Selbstentmachtung einer Kommission, die auf Basis von wissenschaftlichen Fakten und der Einbeziehung breiter Stakeholder-Bündnisse, wie z. B. des »Strategischen Dialogs zur Zukunft der Landwirtschaft«, zukunftsgerichtete Politik machen wollte. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, die Kommission möchte sich die nächsten Bauernproteste in Brüssel vom Hals halten und verlegt sie deswegen lieber in die EU-Hauptstädte …

Der Strategische Dialog – ein Feigenblatt?

Als Ursula von der Leyen Anfang 2024 den »Strategischen Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft«[3] einsetzte, war das eine Reaktion auf die Bauernproteste – und ein wichtiges Signal. Unter der Leitung von Professor Peter Strohschneider[4] haben dort 29 Verbände und Expert:innen – von Landwirt:innen über Umweltorganisationen bis zur Wissenschaft – monatelang einen breiten Konsens erarbeitet. Eckpunkte dieses Konsens sind:

- Wirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeit müssen sich gegenseitig stärken.
- Märkte müssen Nachhaltigkeit und Wertschöpfung entlang der Kette fördern.
- Ländliche Räume sind zentral für Ernährungssicherheit und Demokratie.

Doch was ist von diesen Empfehlungen geblieben? Ursula von der Leyen hatte den Agrarkommissar Hansen noch aufgefordert, die Ergebnisse zur Basis seines GAP-Vorschlags zu machen. Doch was ist das Ergebnis? Keine Zweckbindung (»Ringfencing«) für Umwelt oder ländliche Räume, keine verbindlichen Ziele oder lukrative Anreize, keine Finanzierungssicherheit für ländliche Räume.

So wird Partizipation zur Farce – ein Feigenblatt, das Politikverdrossenheit fördert, besonders in Bezug auf Europa. Beteiligte bekommen den Eindruck, dass Dialogprozesse politisch instrumentalisiert werden, ohne reale Wirkung zu entfalten. Das ist nicht nur respektlos gegenüber den beteiligten Akteuren, sondern gefährlich für die demokratische Kultur in Europa. Wenn selbst dort, wo Umwelt- und Bauernverbände einmal gemeinsam Vorschläge entwickeln, diese ignoriert werden, werden gebaute Brücken wieder abgebrochen und es festigt sich die Überzeugung bei allen Beteiligten, dass Mitwirkung nichts bringt.

Zurück zur Flächenprämie – Grüne Architektur adé

Auch inhaltlich ist der Kurs rückwärtsgewandt. Die »Grüne Architektur« der letzten GAP-Reformen – ohnehin lückenhaft – wird wieder abgebaut. Direktzahlungen, als einziges Element der neuen GAP mit einem Mindestbudget versehen, sollen wieder flächenbezogen fließen, weitgehend ohne ökologische Qualifizierung.

Was im Kommissionsvorschlag vorgesehen ist und von vielen befürwortet wird (die Kappung und Degression der Direktzahlungen) wird nicht kommen. Es ist jetzt schon klar: Eine Sperrminorität im Rat steht dem entgegen, so wie schon bei den letzten beiden GAP-Reformen. Auch damals hatte die Kommission diese Begriffe in den Vorschlag geschrieben, am Ende kam nichts davon. Das progressive Lager sollte sich also nicht täuschen lassen und nicht über dieses Stöckchen springen, sondern den Widerstand gegen den Rückbau der Grünen Architektur, die fehlende Mittelbindung für ländliche Räume und die Renationalisierung bündeln.

Die Kommission will die jetzige Konditionalität durch »Farm Stewardship«-Regeln (übersetzt etwa

»Verantwortungsvolle Betriebsführung«) ersetzen – doch statt Anforderungen an die Konditionalität vorzugeben (jetzige GLÖZ-Standards), können die Mitgliedstaaten anhand von Empfehlungen der Kommission potenzielle verbindliche Regeln relativ beliebig erarbeiten. Diese Flexibilisierung birgt das Risiko möglichst ambitionsloser Vorgaben in den Mitgliedstaaten – ein Unterbietungswettbewerb für Umweltstandards wäre die wahrscheinliche Folge.

Und für Klima-, Umwelt- und Tierwohlmaßnahmen? Kein Mindestbudget. Statt verbindlicher Öko-Regelungen (Eco-Schemes) und Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) gibt es nur noch ein loses Sammelsurium sog. *agri-environmental climate actions,* die zudem mindestens 30 Prozent Kofinanzierung durch die Mitgliedstaaten verlangen. Aktuell beträgt der Kofinanzierungssatz 20 Prozent. Für »hochentwickelte« Regionen wäre sogar für einige Maßnahmen ein Kofinanzierungssatz von 60 Prozent vorgesehen. Gerade ärmere Länder werden die höhere finanzielle Eigenbeteiligung kaum leisten können. Das ist kein Anreiz für Nachhaltigkeit – das ist ein Rückbau von Umwelt- und Klimaschutzpolitik.

Neben den mit einem Mindestbudget versehenen Direktzahlungen sind die Mitgliedstaaten im vorliegenden Vorschlag gezwungen, einen »Flexibilitätsbetrag« innerhalb ihrer NRP-Planzuweisung beizubehalten.[5] Sie müssten zu Beginn des Planzeitraums 25 Prozent der allgemeinen Zuweisung aus dem NRP-Fonds (mit Ausnahme des für die GAP zweckgebundenen Mindestbetrags) für unvorhergesehene Ausgaben aufgrund von Krisensituationen infolge von Naturkatastrophen zurückstellen. Das bedeutet, der Spielraum für die Mitgliedstaaten, zusätzliche Mittel für die Landwirtschaft aus den nicht zweckgebundenen Mitteln zur Verfügung zu stellen, ist kleiner als erwartet, bei zwei Ländern (Kroatien und Ungarn) sogar nicht existent.[6] Deutschland müsste 39 Prozent seiner nicht zweckgebundenen Reserve einsetzen, um den zweckgebundenen GAP-Mindestbetrag zur Unterstützung seiner Landwirtschaft auf das Niveau der jetzigen GAP aufzustocken.[7]

Fatal daran ist zudem, dass auf diese Weise in vielen EU-Ländern die vorzuhaltende Krisenreserve für Natur- und Umweltkatastrophen zulasten genau der Investition in präventive Maßnahmen gehen wird, die zukünftige Schäden abmildern würde. Wenn z. B. nicht in Erosionsschutz, Wasserrückhaltung oder Bodengesundheit investiert wird, treffen uns die zukünftig durch den Klimawandel verstärkt auftretenden Extremwetterereignisse ungleich schlimmer. Was dann? In der nächsten GAP einen noch höheren Puffer für die Reaktion auf Klima- und Umweltkrisen vorhalten? Das ist keine nachhaltige Politik, sondern Resignation. Dabei können – und müssten – wir aktuell so viel tun, um die Landwirtschaft an die Herausforderungen des Klimawandels anzupassen und die Umwelt so zu schützen, dass sie auf Feldern, im Grünland und überall in der Landschaft unsere beste Verbündete dabei ist.

Ländliche Räume – nicht mehr im Fokus

Ein weiteres Opfer dieser Reform sind die ländlichen Räume. Programme wie Leader, die seit Jahrzehnten lokale Initiativen stärken, regionale Wertschöpfungsketten aufbauen und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, drohen in der neuen Fondsstruktur unterzugehen.

Bisher waren mindestens fünf Prozent der GAP-Mittel für Leader reserviert. Künftig: kein Mindestbudget, keine Zweckbindung. Damit müssen Projekte im ländlichen Raum direkt mit städtischen Entwicklungsprogrammen konkurrieren. Das birgt die Gefahr, dass ländliche Regionen im Verteilungskampf den Kürzeren ziehen und insbesondere partizipative, gemeinwohlorientierte Initiativen vor Ort unter die Räder geraten.[8] Gerade jetzt, wo Landflucht, Strukturwandel und gesellschaftliche Spaltung zwischen Stadt und Land die europäische Demokratie belasten, wäre eine Stärkung der ländlichen Regionen entscheidend. Stattdessen kürzt die Kommission ihnen den Boden unter den Füßen weg.

Dabei ist die aktuell sog. Zweite Säule der GAP – die Politik für ländliche Entwicklung – das Herzstück einer zukunftsfähigen Agrarpolitik. Sie verbindet Klima-, Umwelt- und Strukturpolitik auf dem Land, schafft Perspektiven für Menschen vor Ort und sichert die Daseinsvorsorge in Europas Regionen. Dieses Herzstück muss dauerhaft gesichert und ausgebaut,

Folgerungen & Forderungen

- *Demokratie sichern:* Das Europäische Parlament muss volles Mitentscheidungsrecht bei den nationalen Plänen erhalten. Keine Agrarpolitik ohne demokratische Kontrolle.
- *Gemeinsame Regeln erhalten:* Wettbewerb und Kooperation in einem der wichtigsten Konsumentenmärkte der Welt braucht gleiche Umwelt- und Sozialstandards.
- *Umweltleistungen verbindlich machen:* Qualifizierung von Direktzahlungen und Zweckbindung (»Ringfencing«) für Umwelt-, Klima- und Tierwohlleistungen.
- *Ländliche Räume stärken:* Verankerung eines festen Mindestbudgets für Leader und andere regionale Entwicklungsprogramme.
- *Den Strategischen Dialog ernst nehmen:* Die dort erarbeiteten Empfehlungen müssen Grundlage der künftigen GAP werden – nicht bloß Zitatvorlage für PR-Broschüren.

nicht geschwächt werden.[9] LEADER kann zu einem Motor für regionale Entwicklung und Demokratie auf dem Land werden. Mindestens zehn Prozent der Mittel sollten dafür reserviert sein – mit weniger Bürokratie, besserer Beratung, digitalen Zugängen und realistischen Förderbedingungen. Kommunen müssen bei der Kofinanzierung unterstützt werden, und nationale Zusatzauflagen gehören abgebaut.

Zentrale Zukunftsaufgabe ist auch der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten, bei der nicht gespart werden darf: kleine Verarbeitungsstrukturen, Lebensmittelhandwerk, regionale Vermarktung. Diese Strukturen sind in den letzten Jahren aufgrund überbordender nationaler Auflagenauslegung massiv zurückgegangen. Doch hier könnten Arbeitsplätze, Identität und Unabhängigkeit gegenüber Krisen und Handelsfriktionen entstehen. Handwerk und Mittelstand sind das zentrale Rückgrat des ländlichen Raums. Förderzugänge müssen daher vereinfacht, handwerksgerechte Hygienevorgaben europaweit harmonisiert und lokale Betriebe von überzogener Bürokratie entlastet werden.

Europa braucht eine Förderpolitik, die Kohäsionspolitik und GAP-Förderung besser verzahnt. Aktuell laufen Programme oft nebeneinanderher, statt zusammenzuwirken. Das führt zu einem Förderdschungel, Papierbergen und Frustration. Dabei sollte das System Hand in Hand arbeiten: Landwirtschaft, Handwerk, Daseinsvorsorge, Ehrenamt – alles gehört zusammen und hält das Land lebendig. Dafür müssen Fördergelder einfacher, verlässlicher und besser abgestimmt fließen. Wenn Europa zusammenhalten will, dann darf es das Land nicht abhängen, sondern muss dafür sorgen, dass Stadt und Land sich gegenseitig stärken – statt gegeneinander ausgespielt zu werden.

Ein Angriff auf das europäische Projekt

Die Agrarpolitik war einmal der Kitt der europäischen Integration – das gemeinsame Fundament, das bei allen Fehlern Vertrauen, Fairness und gegenseitige Verantwortung gefördert hat. Wenn wir dies jetzt zerstören, gefährden wir mehr als nur Förderprogramme. Wir gefährden den europäischen Gedanken selbst.

Ein fragmentierter Binnenmarkt ohne einen Gemeinsame Agrarpolitik wird nicht funktionieren. Ein Europa ohne demokratische parlamentarische Kontrolle wichtiger Politikfelder verliert seine Legitimation. Und eine Landwirtschaftspolitik ohne ökologische Verantwortung verliert ihre Zukunft.

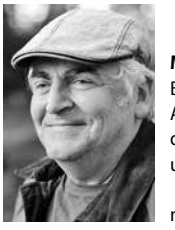
Der Kommissionsvorschlag ist nicht weniger als ein Paradigmenwechsel – und zwar in die falsche Richtung. Er schwächt Umweltstandards, untergräbt die parlamentarische Mitbestimmung, gefährdet Planungssicherheit und erodiert den gemeinsamen Binnenmarkt. Eine echte Reform müsste genau das Gegenteil tun.

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- Daniela Wannemacher und Henrik Maaß: Weiterentwickeln statt zurückdrehen Vorschläge für die zukünftige Gestaltung einer EU-weit ambitionierten, ökologisch wirksamen und gerechten Gemeinsamen Agrarpolitik. In: Der kritische Agrarbericht 2025, S. 42-46.
- Martin Häusling: EU-Agrarpolitik unter Druck – Über die Risiken der neuen Mehrheitsverhältnisse im EU-Parlament und die Chancen für einen Neustart in der EU-Agrarpolitik. In: Der kritische Agrarbericht 2025, S. 47-52.
- Henrik Maaß und Phillip Brändle: Gemeinsame Agrarpolitik zukunftsfest gestalten – Warum eine engere Verknüpfung der sozialen mit den ökologischen Zielen bei der GAP und den nationalen Strategieplänen unumgänglich ist. In: Der kritische Agrarbericht 2024, S. 40-46.
- Daniela Wannemacher und Phillip Brändle: Mutiger Wandel der GAP gefordert. EU-Agrarreform wird den ökologischen und sozialen Herausforderungen nicht gerecht. In: Der kritische Agrarbericht 2023, S. 57-61.

Anmerkungen

1. EU-Kommission: Ein dynamischer EU-Haushalt für die Prioritäten der Zukunft – der Mehrjährige Finanzrahmen 2028-2034. Brüssel, 16. Juli 2025 (https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52025DC0570R(01)).
2. Tabelle entnommen aus: »GAP im neuen MFR: Weniger Geld, weniger Gemeinwohl«. EU-News des Deutschen Naturschutzrings (DNR) vom 21. Juli 2025 (www.dnr.de/aktuelles-termine/aktuelles/gap-im-neuen-mfr-weniger-geld-weniger-gemeinwohl).
3. European Commission: Strategic dialogue on the future of EU agriculture (https://commission.europa.eu/topics/agriculture-and-rural-development/strategic-dialogue-future-eu-agriculture_en).
4. Siehe dazu auch das Interview mit Peter Strohschneider in diesem *Kritischen Agrarbericht*, S. 8-17.
5. E. Régnier, A. Catallo and P.-M. Aubert: European Financial Framework 2028-2034: Key issues for the agricultural sector. ISSUE Brief No. 5, September 2025 (www.iddri.org/en/publications-and-events/issue-brief/european-financial-framework-2028-2034-key-issues-agricultural).
6. Cap Reform: Europe's common agricultural policy is broken – let's fix it! (https://capreform.eu/further-reflections-on-cap-governance-and-budget/).
7. Ebd.
8. »Leader recognised, but not guaranteed: ELARED reacts to new EU budget proposal«. Press release from European LEADER Association for Rural Development (ELARD) dated 17. July 2025 (https://mailchi.mp/d2a18082259f/t3uhuptmfr-6743561?e=a79d0455ce).
9. N. Wagener und M. Häusling: »Geld fürs Land statt leerer Versprechen«. Warum die GAP-Mittel für die ländlichen Räume unersetzlich sind. Positionspapier & Briefing Juli 2025 (https://www.martin-haeusling.eu/images/Positionspapier_St%C3%A4rkung_L%C3%A4ndlicher_R%C3%A4ume_Martin_H%C3%A4usling_MdEP_Niklas_Wagener_MdB.pdf).



Martin Häusling
Biomilchbauer und seit 2009 Europa-Abgeordneter der Grünen im EU-Parlament, dort Mitglied im Agrar- sowie im Umwelt- und Gesundheitsausschuss.

martin.haeusling@europarl.europa.eu